

Schriften zur Medienpädagogik 57

Medienkultur und Öffentlichkeit

Meinungs- und Medienbildung zwischen Engagement, Einfluss und Protest

Marion Brüggemann
Sabine Eder
Markus Gerstmann
Horst Sulewski (Hrsg.)

Schriften zur Medienpädagogik 57

Dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend danken wir für die Förderung des vorliegenden Bandes.

Herausgeber

Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur in der Bundesrepublik Deutschland (GMK) e.V.

Anschrift

GMK-Geschäftsstelle
Oberstr. 24a
33602 Bielefeld
Fon: 0521/677 88
Fax: 0521/677 29
E-Mail: gmk@medienpaed.de
Homepage: www.gmk-net.de

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Autor*innen verantwortlich.
Redaktion: Marion Brüggemann, Sabine Eder, Markus Gerstmann, Horst Sulewski,
Tanja Kalwar
Lektorat: Tanja Kalwar
Einbandgestaltung und Titelillustration: Katharina Künkel

© kopaed 2021
Arnulfstr. 205
80634 München
Fon: 089/688 900 98
Fax: 089/689 19 12
E-Mail: info@kopaed.de
Homepage: www.kopaed.de

ISBN 978-3-96848-635-2

Andreas Zick
Vorsicht Ansteckungsgefahr
Radikalisierungen der Öffentlichkeit in Krisenzeiten

Gesellschaftliche Krisen haben viele Ursachen und Krisengegenstände, die in konstruktiven wie auch destruktiven Konflikten zwischen gesellschaftlichen Gruppen ausgetragen werden. Krisen sind für Demokratien der Normalfall, weil Demokratien selbst Krisengebilde sind (vgl. Vorländer 2020). Sie basieren auf dem Grundprinzip der Aushandlung von Konflikten um Identitäten bzw. Identitätsvorstellungen, Ressourcen und Interessen sowie Werten, und Demokratien entwickeln sich nach dem Prinzip des Wandels durch Konflikt. Es sind keine Harmoniegebilde, sondern sie verlangen die Aushandlung von Differenz, um einen höheren Grad der Integrationsfähigkeit wie auch des Zusammenhalts zu gewinnen. Das kann aber nur dann funktionieren, wenn weder durch Krisen noch durch die Austragung von Konflikten die Grundwerte und -normen, wie sie etwa im Grundgesetz festgehalten sind, beschädigt werden.

Dazu bedarf es eines Bekenntnisses zur Demokratie bzw. einer Identifikation mit der Demokratie. In unserer letzten repräsentativen Bevölkerungsumfrage – der sogenannten Mitte-Studie 2020/21 – meinten zu Beginn des Jahres 2021 88 Prozent der Befragten: „In einer Demokratie sollten die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen.“ Die Allermeisten (69%) fanden: „Wir müssen uns stärker für eine vielfältige und offene Gesellschaft einsetzen.“ Und 73 Prozent behaupteten von sich: „Ich bin ein*überzeugte*r Demokrat*in.“ Eine positive Einstellung zur Demokratie kann aber auch ein Lippenbekenntnis sein. In derselben Studie, von der noch mehr die Rede sein wird, meinten zugleich 23 Prozent: „Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren.“ Immerhin 26 Prozent stimmten „teils-teils“ zu, d.h. nur jede zweite befragte Person hält am Rechtsgleichheitsprinzip fest. Krisenzeiten sind oft Zeiten, in denen wegen nationaler Selbstinteressen Grundprinzipien infrage gestellt werden.

Krisen können den Zusammenhalt und das Engagement füreinander stärken. Das wird bei Krisenzuständen deutlich, die infolge von Katastrophen entstehen. Zu Beginn der Pandemie haben wir einen deutlichen Zusammenhalt und Hilfeverhalten zwischen Menschen beobachtet (vgl. Rees et al. 2020). Im Sommer 2021 ist das deutlich sichtbar bei der Umweltkatastrophe durch den Starkregen in vielen Regionen, vor allem Rheinland-Pfalz, Sachsen und NRW. Allerdings war auch hier zu beobachten: Während die einen zusammenhielten und sich halfen, entwickelten sich radikale

Gruppen, die versuchen, die resultierenden Krisen zu nutzen. Mitten in der Katastrophe tauchen selbsternannte Querdenker auf. Krisen sind Nährboden für radikale Ideologien. Krisen, die mit der Idee einhergehen, dass Konflikte um Identitäten und knappe Ressourcen einzugehen sind, um den Status Quo zu erhalten oder vermeintliche Gefahren abzuwehren, machen Menschen, Gruppen und Institutionen anfällig dafür, Normen und Werte infrage zu stellen bzw. sie so umzudeuten, dass sie dem Vorteil der eigenen Bezugsgruppe und deren Interessen dienlich sind.

Das war infolge der Einwanderung von Geflüchteten 2015, die schnell als „Flüchtlingskrise“ etikettiert wurde, der Fall. Sie gingen mit einem enormen Anstieg an Ressentiments wie manifesten Hasstaten einher. Und selbst in der derzeitigen Umweltkatastrophe tauchen Gruppen von Rechtsextremen und sogenannten „Querdenkern“ auf, die die Situation der Kontrolllosigkeit auszunutzen möchten, um Ideologien zu transportieren. Krisen sind attraktiv für ideologisch orientierte Gruppen, die aus Bedrohungen, damit einhergehenden Verunsicherungen und Situationen, in denen Gewissheiten und Stabilitäten verloren gehen, Gewinne ziehen möchten. Populismus und Extremismus nutzen Krisen und trachten danach, Krisen hervorzurufen, die scheinbar von den vertrauten Menschen, Gruppen und Institutionen nicht mehr hinreichend reguliert werden können; inklusive „der Medien“ bzw. von öffentlichen Medien, die sich als Element einer demokratischen, wenn auch konfliktären Kultur verstehen.

Die Covid-19-Pandemie ist und war eine solche Krise und sie wird als solche wahrgenommen: In der aktuellen Mitte-Studie meinen 61,5 Prozent der Befragten, die Pandemie sei eine Bedrohung für Deutschland, und 70 Prozent fühlen sich durch die Pandemie negativ in ihrem Leben beeinflusst. Die Pandemie war und ist eine Krise unter anderem, weil sie eine Situation erzeugte, die half, Ungleichwertigkeitsideologien und demokratiegefährdende bzw. -distanzierende Ideologien zu befördern, die alle demokratischen Institutionen und Interessen berührte und nicht zuletzt auch die Medien. Darum soll es in diesem Beitrag gehen, weniger um die Pandemie als Krise des Krankheitsschutzes, der Wohlfahrt und/oder des Gesundheitssystems, sondern eben als eine Situation, in der eine weltweite Viruserkrankung die Demokratie infiziert. Es geht um die Frage, ob und wie die Pandemie extremistische, populistische sowie demokratiegefährdende Orientierungen in der Mitte der Gesellschaft befördert hat. Es geht weniger um extremistische Gruppen an den Rändern der Gesellschaft und wie von ihnen Krisen genutzt werden, sondern um die Frage, ob und inwieweit die Demokratie in Deutschland wackelt bzw. sich destabilisiert, eben weil anti-demokratische Orientierungen in der Mitte geteilt werden. Es geht also

auch und im Besonderen darum, wie die demokratische Kultur bedroht oder beschädigt ist bzw. wird, die für jede Form von Medien und Pädagogik unabdingbar notwendige Voraussetzung ist, um gute Medieninhalte und Pädagogik realisieren zu können.

Um dies zu ermitteln und den Leser*innen zu ermöglichen, sich ein eigenes Bild über den Zustand der Demokratie zu machen, konzentriert sich der Beitrag vor allem auf den Bericht zentraler Ergebnisse aus den Studien zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ und der „Mitte-Studie“, die wir im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchführen (alle genauen methodischen Hintergründe zu den Studien vgl. Zick/Küpper 2021). In den Studien wird das Ausmaß der Demokratiegefährdung nach einer Reihe an kollektiv geteilten Überzeugungen bemessen. Dazu gehört vor allem die Menschenfeindlichkeit gegen gesellschaftliche Gruppen, die gemessen an ihrer Zahl und ihrem Einfluss als Minoritäten bezeichnet werden können. Es geht um Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Rassismus gegen Schwarze Menschen, Antiziganismus, aber auch Sexismus gegen Frauen, Männer, Trans-Menschen oder homosexuell orientierte Menschen wie auch menschenfeindliche Vorurteile gegen Obdachlose oder Arbeitslose. Menschenfeindlichkeiten sind ein Scharnier für rechtsextreme, neurechte und völkische wie auch rechtspopulistische und illiberale Demokratievorstellungen. Die Corona-Pandemie und die dort sichtbar gewordenen Gruppen auf den von ihnen organisierten Corona-Protesten, die zu Beginn zudem in perfider Weise als „Hygienesemonstrationen“ bezeichnet werden, haben auch die Vielfalt anti-demokratischer Überzeugungsgruppen ausgemacht. Auch Verschwörungsmythen gehören zu demokratiegefährdenden Einstellungen, wenn sie die Grundnormen und -werte von Demokratien angreifen. Sie tun das, indem sie Ungleichwertigkeitsideologien gegenüber Gruppen transportieren. Und auch die Einstellung gegenüber Medien, ihrer Funktion und Legitimität in der Demokratie sind ein Indikator der Demokratiegefährdung, wenn sie neben allem Misstrauen, welches Demokratie braucht und aushalten muss (vgl. Mühlfried 2019), grundsätzlich infrage gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden vier zentrale Thesen mit Blick auf die empirische Evidenz aus unseren Bevölkerungsumfragen sowie anderen Fakten diskutiert, um letztendlich etwas genauer zu ermitteln, wie stabil die von fast allen Menschen in der Mitte geliebte Demokratie ist. Der Referenzrahmen dabei ist die Pandemie als Krisensituation, wobei aber nicht aus dem Blick geraten soll, dass sie weder eine singuläre Krise ist, da es schon viele andere gesellschaftliche Krisen gab, die ähnliche Dynamiken der Demokratiegefährdung entfachten, und auch nicht die letzte Krise sein

dürfte; die Wirtschafts- und Finanzkrise wurde schon genannt (s.o.). Nicht zuletzt sind erstens gerade Krisenausläufe hoch relevant für die Stabilisierung oder Destabilisierung von Demokratie, denn im Auslauf von Krisen setzen weitere und neue Konflikte um Ressourcen und Vormachtstellungen ein (Wer zuerst? Wer ist jetzt dran?). Zweitens sind schwere Krisen wie die Corona-Pandemie, die harte Einschnitte in fast allen rechtlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und privaten Bereichen bedeutete, für Demokratien immer auch ein „Lernfall“. Ihre Stabilität kann sich daran erweisen, wie die Krise ohne allzu große Beschädigungen gemeistert wird und welche Veränderungen sie zur Prävention zukünftiger Krisen entwickelt hat.

1 In der Pandemie wurden Rassismus, Hass und menschenfeindliche Ideologien sichtbar: Das alles fiel nicht vom Himmel bzw. war in Teilen erwartbar.

Schon früh in der Pandemie wurde sichtbar, dass die Corona-Pandemie, deren Ursprung in China vermutet wird – noch reicht die Evidenz nicht hundertprozentig aus – auch in Deutschland zu rassistischen wie antisemitischen und anderen menschenfeindlichen verbalen Angriffen auf der Straße und vor allem in den digitalen Netzwerken sowie zu manifesten rassistischen Angriffen auf Menschen führte. Der Mediendienst Integration (2021) hat dazu auf der Grundlage erster Daten aus dem entstehenden Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung erste Ergebnisse publiziert. Dort wird berichtet, dass jede zweite befragte Person mit asiatischem Einwanderungshintergrund Diskriminierung erlebt hat, 11 Prozent sogar körperliche Gewalt. In einer Umfrage machen 15 Prozent der Bevölkerung Asiat*innen für die „rasante Ausbreitung der Corona-Pandemie“ verantwortlich.

In der Pandemie wurden viele weitere menschen- und demokratiefeindliche Angriffe aus den gut organisierten Corona-Protesten von neu erscheinenden Gruppen, wie den sogenannten „Querdenkern“, sichtbar. Antisemitische, wissenschafts- und medienfeindliche Symbole und Bilder, Angriffe auf Journalist*innen wie auch auf Ordnungskräfte und Politiker*innen, Allianzen von rechtsextremen Gruppen mit Verschwörungsgruppen und „besorgten Bürger*innen“ und viele andere Angriffe auf Maßregeln, wie demokratische Institutionen, tauchten auf. Ein besonderer symbolischer Akt war dabei sicherlich die Besetzung der Reichstagstreppe in Berlin am 29. August 2020. Sie sollte zur Stürmung des Reichstags führen, in dessen Parlament AfD-Abgeordnete schon warteten. Die Aktion führte vielen Menschen endgültig vor Augen, wie organisiert und anti-demokratisch destabilisierende Kräfte bereits sind.

Aber das alle fiel weder vom Himmel noch war es ein ausschließliches Ergebnis der Pandemie. Erstens zeigten schon frühere Vorurteils- und Rassismusstudien, dass Krisen, die durch Pandemien, Umweltkatastrophen, Kriege, Migrationsbewegungen usw. erzeugt werden, wie etwa der Hurrikan Kathrina 2005 oder die SARS-Epidemie 2009 in den USA, die Vogelgrippe 2013 in Europa oder auch die Wirtschafts- und Finanzkrise, Menschenfeindlichkeit gegen Gruppen befördern (vgl. Zick 2021). Krisen erzeugen bei vielen Menschen Gefühle von Ohnmacht und Kontrollverlust, und das ist die Grundlage, die radikale Gruppen benötigen, um Menschen an sich zu binden (vgl. Zick 2020).

Dass die Ideologien und vor allem ein großes menschenfeindliches Potenzial an Vorurteilen in der Mitte vorhanden waren und sind, haben Studien wie die Mitte-Studie, die Leipziger Autoritarismusstudie und weitere länderspezifische Monitorings oder auch stiftungsgeförderte Umfragen kenntlich gemacht. Die Daten unserer Mitte-Studie 2018/19 hätten auch als Warnung vor einem agitierbaren Potenzial an Demokratiefeindlichkeit in der Mitte aufgefasst werden sollen und müssen (vgl. Zick/Küpper/Berghan 2019).

Zweitens geriet Deutschland – ähnlich wie viele andere Länder – während einer ideologischen Hasswelle in die Pandemie. Die rassistische und rechtsextrem motivierte Hinrichtung des Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 01.06.2019, die Attentate in Halle am 09.10.2019 und Hanau am 19.02.2020 und viele andere Hasstaten sind nur die Spitze eines Eisberges, der getragen ist von ideologisch motiviertem Hass. Im Jahr 2020 gab es allein 23.400 bekannt gewordene politisch rechts-motivierte Straftaten, davon 1.054 Gewalttaten und 2.275 antisemitische Straftaten wie auch 2.063 Hasstaten gegen Amts- und Würdenträger*innen. Allein das Personenpotenzial im rechtsextremen Spektrum ist wieder, und zwar mitten in der Pandemie, angestiegen. Dazu kommen die bislang nicht gezählten und dokumentierten Hasstaten auf den sogenannten „Corona-Demonstrationen“ oder in den digitalen Netzwerken. Hinter den Straftaten stehen ideologisch motivierte Menschen, die in Gruppen eingebunden und organisiert sind, die vernetzt agieren und sich gegenseitig radikalieren (vgl. Zick 2020). Dass im Jahr 2021 der Rechtsextremismus von 70 Prozent der Befragten der Mitte-Studie als die größte Gefährdung für das Land – neben dem Klimawandel – beurteilt wird, mag im Nachhinein nicht verwundern. Wesentlich aber ist, dass Deutschland wie andere Länder mit einem hohen Gefährdungsgrad für die Demokratie in die Pandemie gelangt ist.

2 Politische Entbindungen werden in Pandemien für einige Menschen verstärkt und das erleichtert Radikalisierungen.

Die positive Nachricht der aktuellen Mitte-Studie 2020/21 ist, dass zentrale anti-demokratische Orientierungen rückläufig sind. Das zeigt sich in rechtsextremen Orientierungen: So befürworten nur 2,2 Prozent eine Diktatur, 8,6 Prozent einen Nationalchauvinismus, 1,4 Prozent verharmlosen den Nationalsozialismus, 4,5 Prozent teilen ein rechtsextremes Feindbild gegen „Fremde“, 1,7 Prozent sind rechtsextrem antisemitisch orientiert und 2,9 Prozent teilen einen rassistischen Sozialdarwinismus, der Völker nach Stärke und Schwäche teilt oder Leben nach Wert bemisst (vgl. Küpper et al. 2021). Aber zugleich zeigt sich, dass nicht so sehr die Ablehnung rechtsextremer Einstellungen in der Mitte zugenommen hat, sondern der „Graubereich“ gewachsen ist, also jener Anteil an Menschen, die weder manifest rechtsextreme Ideologien teilen noch sie ablehnen. Ferner stellt sich heraus, dass jene 35,4 Prozent, die meinen, der Zusammenhalt der Deutschen sei gefährdet, in allen rechtsextremen Elementen eines Weltbildes signifikant höhere Zustimmungen zeigen. 3,6 Prozent der vermeintlich Gefährdeten in der Mitte weisen ein Weltbild auf, wie es in rechtsextremen Milieus zu finden ist; nur 0,8 Prozent sind es bei jenen, die keine Gefährdung wahrnehmen. Mit rechtsextremen Einstellungen korrelieren signifikant rechtspopulistische Orientierungen. Mehr als jede zehnte befragte Person aus der Mitte (13,2%, 18,4% in 2018/19) weist eine mehr oder minder klare rechtspopulistische Sicht auf die Gesellschaft auf, d.h. sie teilt eine stereotype Einstellung gegenüber Eliten („denen da oben“, „die Regierung“ etc.), ist negativ gegenüber Meinungspluralismus und einer repräsentativen Demokratie eingestellt, befürwortet einen straforientierten Law-and-Order-Autoritarismus gegen andere, die von vermeintlichen Normen abweichen und teilt menschenfeindliche Einstellungen, wie Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit etc. Mehr als ein Viertel (28,2%, 38,2% in 2018/19) hat eine weichere rechtspopulistische Orientierung, die mindestens Teils-teils-Zustimmungen zu den genannten Facetten umfasst. Geht es nur um eine populistische Orientierung, die durch eine abwertende Anti-Eliten- und Anti-Pluralismus-Haltung wie die Ablehnung der repräsentativen Demokratie gekennzeichnet ist, dann können 25,3 Prozent der Befragten aus der Mitte als populistisch orientiert identifiziert werden. Unter jenen, die den Zusammenhalt der Deutschen als gefährdet betrachten, sind es 56 Prozent. Rechtsextreme und rechtspopulistische Orientierungen haben in der Mitte abgenommen, aber sie haben sich zugleich stabilisiert. Ein Populismus, der nicht einfach als „rechtsorientiert“ identifiziert werden kann, ist

weit verbreitet. Es mutet an, dass der Rechtspopulismus zwar nicht den selbst proklamierten Sieg oder die „Wende 2.0“ erreichen kann, aber dafür gesorgt hat, dass ein Populismus in der Mitte salonfähiger geworden ist.

Dafür spricht auch, dass modernere Formen des Rechtsextremismus und -populismus, die sich in völkisch-autoritär rebellischen Orientierungen zeigen, ebenfalls in der Mitte Zuspruch finden (vgl. Häusler/Küpper 2021). So stimmen 12 Prozent der Meinung zu: „Manche Völker sind begabter als andere“ (22% teils-teils), 21% „Die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert“ (22% teils-teils), 26,5% „In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen“ (22% teils-teils), 18% „Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie“ (11% teils-teils) und 23% „Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen“ (22% teils-teils).

Ein destruktives Misstrauen in die Demokratie, Orientierungslosigkeit und eine starke soziale Dominanzorientierung, die soziale Hierarchien in der Gesellschaft zwischen höher- und minderwertigen Gruppen befürwortet, sind die besten Erklärungsfaktoren für die Überzeugung, die auch viele der Corona-Proteste prägen.

Bedrohungsmythen von „Überfremdung“, Deprivationsgefühle gegenüber Einwandernden, die als Konkurrenz beurteilt werden, eine nostalgische nationale Identität sowie die Meinung, kulturelle Vielfalt bedrohe die homogen vorgestellte Gemeinschaft der Deutschen, sind weitere Erklärungsfaktoren für die Öffnung gegenüber rechtsextremen, rechtspopulistischen wie auch völkisch-autoritär-rebellischen Orientierungen.

3 Identitätsbildungen durch eine Allianz der Verschwörungsgläubigen sind möglich, weil sie Ideologien vereint.

Und immer wieder sind die nicht bearbeiteten bzw. geglaubten menschenfeindlichen Vorurteile das Scharnier und der Einstieg in eine radikale Ideologie. Es sind Vorstellungen von der Höher- und Minderwertigkeit von gesellschaftlichen Gruppen, die zentral sind für politisch radikale oder extremistische Überzeugungen. Ein ganzes Syndrom menschenfeindlicher Stereotype, Vorurteile, Feindbilder von Gruppen, die gerade in Krisenzeiten als „verantwortlich“ oder „störend“ deklariert werden, ist für demokratiedistante wie demokratiefeindliche Gruppen zentral für die Identitätsbildung. Es kann daher nicht beruhigen, wenn die offene Zustimmung zu Vorurteilen gegen Minoritäten in der aktuellen Mitte-Studie rückläufig ist. Erstens stimmen zwar nur 8 Prozent direkt immigrantenfeindlichen Vorurteilen zu, aber der Anteil der Teils-teils-Zustimmungen (17%) ist hoch

und wie in allen anderen Vorurteilen angestiegen. Israelbezogene antisemitische Vorurteile (13,4%, teils-teils 30%), asylfeindliche (28,4%, teils-teils 36,4%), antiziganistische (16,3%, teils-teils 27,7%), muslimfeindliche (11%, teils-teils 18,3%) Vorurteile wie auch Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen (24,9%, teils-teils 40,2%), gegenüber Wohnungslosen (8,7%, teils-teils 27,4%) werden in der Mitte direkt geteilt und sie werden von demokratiefeindlichen Gruppen adressiert. In der aktuellen Mitte-Studie werden selbst harte und offen rassistische Meinungen über Schwarze Menschen geteilt (11 %) und dies alles noch viel stärker in bestimmten sozialen Milieus. So meinen z.B. 16 Prozent: „Schwarze Menschen sind zu empfindlich, wenn von Rassismus in Deutschland die Rede ist“ und weitere 26 Prozent stimmen dem „teils-teils“ zu. Zugleich zeigt sich, dass die „teils-teils-rassistisch Eingestellten“ nicht nur den rassistisch eingestellten Befragten näher sind als jenen, die rassistische Meinungen ablehnen, sondern auch in anderen menschenfeindlichen Meinungen hohe Zustimmungen aufweisen.

Im Rahmen der in der Pandemie aufgekommenen Verschwörungsgruppen, ihrer Proteste, ihrer Bildung von digitalen Verschwörungsnetzwerken und -kampagnen gegen „Andersgläubige“ spielten und spielen Feindbilder eine große Rolle, ebenso wie die Elemente oder Versatzstücke der zuvor berichteten Orientierungen. Und auch antisemitische Vorurteile und Mythen sind zentral. Genau Letztere stiegen im Vergleich zu allen anderen menschenfeindlichen Vorurteilen in der Mitte-Studie 2020/21 an: 7,5 Prozent teilen einen klassischen Antisemitismus, 14,7 Prozent stimmen dem teils-teils zu.

Extremistische und radikale Gruppen wie die diversen Verschwörungsgruppen und sogenannte „Querdenker“ benötigen Brücken in die Mitte, die sie erreichen wie auch repräsentieren möchten. Dazu besetzen sie jene Versatzstücke an Ideologemen, die die Möglichkeit haben, Zugehörigkeiten und soziale Identifikationen zu bilden: Widerstand, Feindbilder gegen „Fremde“, „Andersartige“, „die da oben“ und „die Systemmedien und Lügenpresse“, „den Staat und die Regierenden“ werden gegen „Volkes Stimme“, „uns, das Volk“ und ein „Wir“ gesetzt. Die oben genannten völkisch-autoritär und rebellisch wirkenden Einstellungen bieten Stimmungs- und Emotionsbrücken in die Mitte und binden Einstellungen, Affekte und Unzufriedenheiten an die Gruppe, die die Reflexe aufnimmt und ihnen eine scheinbar neue Identität verschafft. Die Integration der „Enttäuschten“, „Betrogenen“ und „Unterdrückten“ wird durch eine professionelle und ständig präsente Vernetzung der Mitglieder und Aktionen in öffentlichen Räumen hergestellt. Und schließlich wird ein „Rebellentum“ in Netzwerken, eigenen Medien wie öffentlichen Räumen ständig inszeniert und zu einem gemeinsamen Erlebnis, wie es ähnlich schon in anderen extremen Lebenswelten sichtbar war (vgl. Zick 2017).

Verschwörungsmythen fungieren dabei wie gemeinsame Glaubensinhalte der Gemeinschaft. Etwa jede fünfte befragte Person in der Mitte (20,5%) stimmte im Frühjahr 2021 der Meinung zu: „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte“, ein Viertel stimmte dem „teils-teils“ zu. Etwa ein Viertel aller Befragten (24%) meinte: „Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke“; 23 Prozent stimmten dem „teils-teils“ zu (vgl. Lamberty/Rees 2021).

4 In Krisenzeiten beschleunigen sich Radikalisierungen, insbesondere dann, wenn die Spaltung schon vorher eingesetzt hat.

Es sei wiederholt: Der Schock des rechten Terrors, neue Anstrengungen und Aufklärungen zum Thema Rechtsextremismus, Hass und Menschenfeindlichkeit haben insgesamt dazu geführt, dass zumindest in den Mitte-Studien weniger Menschen direkt rechtsextremen, rechtspopulistischen, menschenfeindlichen und anderen demokratiegefährdenden Einstellungen zustimmen, auch wenn die Ablehnung solcher Einstellungen weniger gewachsen ist als der Anteil an Teils-teils-Antworten. Die hier berichteten rechtsextremen, rechtspopulistischen und demokratiemisstrauenden Einstellungen sind in der Mitte-Studie 2020/21 insbesondere bei jenen verbreitet, die schon vorher solche Einstellungen geteilt haben und sie in der Pandemie noch einmal deutlicher vertreten. Sie sind auch stärker verbreitet bei Menschen, die meinen, dass der Zusammenhalt der Deutschen gefährdet sei. 35,4 Prozent der Befragten in der Mitte-Studie 2020/21 sehen den Zusammenhalt gefährdet und sie meinen damit einen Zusammenhalt einer imaginierten homogenen „deutschen“ Gesellschaft, die nicht vereinbar ist mit Vielfalt, weil diese mehr Belastung und Gefahr als Chance sei.

Dass sich in der Pandemie und auf den Corona-Demonstrationen Gruppen bilden, die den Zusammenhalt versprechen und inszenieren, hätte nicht verwundern sollen. Ebenso wenig verwunderlich ist aus einer Perspektive der Radikalisierungsforschung das Auftauchen von Gewalt, die ja – wie eingangs berichtet – nicht abgenommen hat. Auch die grundsätzliche Gewaltbilligung gehört in den Phänomenbereich der radikalen Einstellungen in der Mitte. Der Aussage „Wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist“ stimmen direkt 7,3 Prozent der Befragten in der Mitte zu, 10,3 Prozent meinen, das träfe „teils-teils“ zu. Dabei hängt unter den 1.750 Befragten der Mitte-Studie die Billigung von Gewalt sehr deutlich mit menschenfeindlichen ($r = .53$) und rechtsextremen Einstellungen ($r = .59$) zusammen sowie mit Ansichten „zu viele kulturelle Unterschiede schaden

dem Zusammenhalt in Deutschland" ($r = .37$) und „die Partei AfD ist eine Partei wie alle anderen auch" ($r = .30$).

Was sich in den Daten zeigt, ist nicht nur eine Distanz gegenüber demokratischen Grundnormen, sondern auch eine Normalitätswahrnehmung des Rechtsradikalen, eben weil der Widerstand gegen die Repräsentant*innen legitim wie notwendig erscheint. Der Ausnahmezustand der Pandemie rechtfertigt nicht nur radikale Einschnitte zur Eindämmung der Pandemie, sondern bietet auch extremistischen und radikalisierten Gruppen Legitimationsgrundlagen. Die radikale Gruppe bietet dann jenen, die „in den Widerstand“ gehen, Bedürfnisbefriedigung (Selbstwert, Zugehörigkeit, Einfluss), eine Erzählung darüber, wie die Welt richtig zu erklären ist, und die Suggestion, an dieser Erzählung aktiv mitzuwirken. Sie bietet zudem Netzwerke, die ein Erleben von Gemeinschaft und scheinbarer Demokratie ermöglichen, auch wenn diese Netzwerke ihre Mitglieder ständig unter Druck setzen und Unterwerfung verlangen, insbesondere dann, wenn die Prophezeiungen – der Untergang des Abendlandes, Impfflicht, dass Deutschland sich abschafft und Ähnliches – nicht eintreffen.

Krisensteuerung und ein kurzer Blick auf Medienpädagogik und Kommunikationskultur

Krisen sind Zeiten, in denen anti-demokratische Propaganda an Ohnmacht anknüpfen kann, wie schon nach dem 2. Weltkrieg der Literatursoziologe Leo Löwenthal und sein Forschungsteam in ihren Faschismusanalysen gezeigt haben (vgl. Löwenthal 2021). Krisen rufen auch ganz andere Reaktionen hervor: Die Pandemie hat zumindest zu Beginn das Vertrauen in Demokratie und Staat enorm erhöht und führte im Gefolge zu einer gestiegenen Hilfsbereitschaft, zumindest untereinander. Die in Krisen und angesichts der Krisenphänomene – Aufkommen von neuem Extremismus, Bürger*innen, die in Wut geraten – naheliegende Frage, ob das nun alles schlimmer wird und was zu tun sei, hängt meines Erachtens von Antworten auf eine Gegenfrage an die Gesellschaft ab: Wie antidemokratisch können in Krisen und Konflikten Gruppen werden und sind sie imstande, andere zu mobilisieren und hinter sich zu versammeln?

Die neuen Propagandagruppen aus Corona-Protestierenden, neuen Rechten, rechtspopulistischen Gruppen und vielen anderen werden nicht unbedingt größer und ihre Ideologien werden nicht immer stärker in der Mehrheitsgesellschaft geteilt. Allerdings können sie Menschen in der Mitte, die am Rande der Zivilgesellschaft stehen, anstecken. Sie können sie in ihren Einstellungen polarisieren, und jene, die mit ihren radikalen Ide-

en sympathisieren, zugleich aber merken, dass sie Normen verletzen, in den Graubereich bewegen. Die aktuellen Daten der Mitte-Studie unterstützen die These, dass die Mitte bzw. die sogenannte „Mehrheitsgesellschaft“ in der Auseinandersetzung mit der Krisenregulation zumindest in weiten Teilen populistische Einstellungen teilt. Das deutet darauf hin, dass der Rechtspopulismus zumindest den Populismus befördert hat. Dies empirisch genau abzuschätzen, kann aber mit den vorliegenden Daten nur in Teilen gelingen. Menschenfeindlichkeiten und Rechtspopulismus haben in der Langzeitstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ erst im Auslauf der Wirtschafts- und Finanzkrise zugenommen. Noch ist die Pandemie nicht im Auslauf und die Auswirkungen infolge der Ausbeutung der Natur („Klimakrise“) scheint erst zu beginnen.

Aber gerade mit dem Blick auf die Gefährdung der Demokratie durch die vier zentralen Indikatoren des vorliegenden Beitrages – also Rechts-Extremismus, Rechtspopulismus, völkisch-autoritär-rebellische und Menschenfeindlichkeiten – kommt es auf Folgendes an: Erstens, wie gut gelingt der Schutz jener, die darunter leiden; zweitens, wie gut können Menschen erreicht werden, die daran glauben; und drittens, wie lassen sich Normen und Wertvorstellungen der Demokratie so vermitteln, dass sie von jenen, die an ihnen zweifeln, selbst legitimiert werden können?

Die „populistische Krise“, die sich in dem vorliegenden Beitrag ankündigt, müsste eine Sternstunde der Medienpädagogik und Kommunikationskultur sein. Pädagogik ist im Kontext der Vermittlung durch Medien gefragt wie selten, weil Extremismus und Populismus schlichtweg ihre eigene Kommunikationskultur ausgebildet haben. Dass Medienpädagogik und Kommunikationskultur gefordert sind, klingt simpel, ist aber allein deshalb nicht einfach, weil Medien und eine demokratisch und auf eine inklusive Gleichwertigkeit der Menschen ausgerichtet Pädagogik und Kommunikationskultur angegriffen werden, also auch diese Feindbilder eines völkisch orientierten Rechtsradikalismus geworden sind. In der Mitte-Studie 2020/21 wurde auch nach dem Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien und die Zusammenhänge zu demokratiegefährdenden oder -distanten Einstellungen gefragt (vgl. Rees/Papendick 2021). Rund jede zehnte befragte Person (9,9 %) stimmt der Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass sie „dem Internet mehr vertrauen als öffentlich-rechtlichen Medien“, 23,3 Prozent meinen das „teils-teils“. Die Meinung, öffentlich-rechtliche Medien seien eine wichtige Säule der Demokratie“, lehnen 11,6 Prozent ab und weitere 19,4 Prozent meinen das „teils-teils“. Insgesamt sind also ca. 30 Prozent der Befragten nicht der Meinung, dass öffentlich-rechtliche Medien eine wichtige Säule der Demokratie sind. Fast ein Viertel (24,2%) meint: „Die

Medien und die Politik stecken unter einer Decke"; 22,7 Prozent meinen das „teils-teils“. Wird aus den drei Aussagen eine Skala des Medienmisstrauens gebildet, zeigen sich eindeutige Zusammenhänge zum Populismus ($r = .60$), moderate Zusammenhänge zum Rechtspopulismus ($r = .49$) und zur Befürwortung rechtsextremer Einstellungen ($r = .49$). Medienmisstrauen, so Rees/Papendick (2021) in ihrer Analyse, verfängt bei *populistisch*, *rechtspopulistisch* und auch bei *rechtsextrem* eingestellten Menschen. Wie sehr Medien selbst zu Feinden erklärt und von Hate Speech und Angriffen getroffen wurden, konnten wir in der Studie „Hate Speech gegen Medienschaffende“ nachzeichnen (Zick/Preuß 2021).

Die Sorge um ein klischeefreies Bild von Medien wie auch ein Verständnis der Bedeutung von Medien für die Demokratie kann mit einer stärkeren Vermittlung von Medienkompetenz verbunden werden. Die Zauberformel „Bildung von Medienkompetenz“ wird seit vielen Jahren gefordert, aber sie wird allein nicht reichen, denn Wissen um Medien muss verbunden werden mit Wissen um Demokratie. Zentraler erscheint es daher, Medienbildung im Kontext neuer politischer Bildung (vgl. Achour 2021) zu verstehen. Eine Möglichkeit wäre die Entwicklung einer Pädagogik, die die mediale Sozialisation betrachtet und nach Wegen sucht, die es Menschen ermöglichen, demokratische Kommunikationskulturen zu entwickeln. Gemeint ist eine Pädagogik, die Menschen in den Stand versetzt, misstrauisch und kritisch zu sein, ohne dabei die Gleichwertigkeit von Menschen und Gruppen infrage zu stellen.

Hier reicht der Platz nicht, um eine neue, demokratische und pädagogische Ideen für die Stärkung einer gleichwertigen Kommunikationskultur sinnvoll zu platzieren. Mit dem Blick auf die Demokratiegefährdungen, die oben skizziert wurden, ist am Ende ein Gedanke für die Medienpädagogik und Kommunikationskultur relevant: Es braucht andere Räume der Kommunikation, die eben nicht von Herabwürdigung, sondern von Gleichwertigkeit geprägt sind. Es braucht würdevolle analoge und digitale Räume der Öffentlichkeit. Das können Räume maximaler Fairness gegenüber allen Gruppierungen sein. Das können Räume gegenseitiger Wertschätzung mit deutlichem Respekt gegenüber Vielfalt sein. Das können Räume sein, die explizit den Schutz vor Herabwürdigungen, Diskriminierung und Gewalt bieten und in denen es möglich ist, Ungleichwertigkeit zu erkennen sowie präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenfeindlichkeit und Gewalt zu ergreifen. Es könnten Räume sein, in denen Pädagogik möglich wird und nicht durch antidemokratische Reflexe gebremst wird. Es können Räume sein, in denen Menschen Kompetenzen erwerben, um Medien einzuschätzen, zu nutzen und zu produzieren ohne damit andere auszugrenzen.

Literatur

- Achour, Sabine (2021): Politische Bildung als Transmitter der Demokratie: Demokratie muss man machen – Neun Appelle zur politischen Bildung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geförderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21 (hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter). Bonn: Dietz, 311-329.
- Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V. (2021): Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa): Abrufbar unter: www.rassismusmonitor.de [Stand: 04.08.2021].
- Häusler, Andreas/Küpper, Beate (2021): Rechtsextreme Widerstandspostulate und völkisch-autoritäre Rebellion. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geförderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21 (hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter). Bonn: Dietz, 225-245.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas/Rump, Maike (2021): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geförderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21 (hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter). Bonn: Dietz, 75-111.
- Löwenthal, Leo (2021): Falsche Propheten – Studien zur faschistischen Agitation. Berlin: Suhrkamp.
- Mediendienst Integration (2021): Factsheet Anti-asiatischer Rassismus in der Corona-Zeit. Berlin: Mediendienst Integration.
- Mühlfried, Florian (2019): Misstrauen: Vom Wert eines Unwerts. Ditzingen: Reclam.
- Rees, Yann/Papendick, Michael (2021): Misstrauen gegenüber Medien zwischen Populismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geförderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21 (hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter). Bonn: Dietz, 123-129.
- Rees, Jonas/Papendick, Michael/Rees, Yann/Wäschle, Franziska/Zick, Andreas (2020): Erste Ergebnisse einer Online-Umfrage zur gesellschaftlichen Wahrnehmung des Umgangs mit der Corona-Pandemie in Deutschland. Forschungsbericht IKG. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld (IKG). Abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0070-pub-29429303> [Stand: 09.08.2021].
- Vorländer, Hans (2020): Demokratie: Geschichte, Formen, Theorie (4. Aufl.). München: C.H. Beck.
- Zick, Andreas (2017): Extremistische Inszenierungen: Elemente und Pfade von Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozessen. In: Hoffmann, Jens/Böckler, Nils

- (Hrsg.): Radikalisierung und extremistische Gewalt: Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement. Frankfurt a. Main: Verlag für Polizeiwissenschaft, 15-36.
- Zick, Andreas (2020): Dynamiken, Strukturen und Prozesse in extremistischen Gruppen. In: Slama, Ben B./Kemmesies, Uwe (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention: gesamtgesellschaftlich, phänomenübergreifend. Wiesbaden: Bundeskriminalamt, 269-311.
- Zick, Andreas (2021): Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen 2020/21 (hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter). Bonn: Dietz, 181-212.
- Zick, Andreas & Küpper, Beate (2021). Die geförderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21 (hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter). Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.) (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19 (hrsg. von Franziska Schröter für die Friedrich-Ebert-Stiftung). Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas/Preuß, Madlen (2021): Hate Speech gegen Medienschaffende – Eine empirische Analyse der Hintergründe und Wirkungen von Angriffen gegen Journalist*innen. In: Wachs, Sebastian/Koch-Priewe, Barbara/Zick, Andreas (Hrsg.): Hate Speech – Multidisziplinäre Analysen und Handlungsoptionen. Wiesbaden: Springer Nature, 253-278.

Lizenz

Der Artikel steht unter der Creative Commons Lizenz **CC BY-SA 4.0**. Der Name des Urhebers soll bei einer Weiterverwendung genannt werden. Wird das Material mit anderen Materialien zu etwas Neuem verbunden oder verschmolzen, sodass das ursprüngliche Material nicht mehr als solches erkennbar ist und die unterschiedlichen Materialien nicht mehr voneinander zu trennen sind, muss die bearbeitete Fassung bzw. das neue Werk unter derselben Lizenz wie das Original stehen. Details zur Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

Einzelbeiträge werden unter www.gmk-net.de/publikationen/artikel veröffentlicht.